

Tagung: Wer hat Angst vorm bösen Wolf?

– DJV sagt „Ja“ zu Zuwanderung / Entschädigungszahlungen erhöhen Akzeptanz –

Wer hat Angst vorm bösen Wolf – so der Titel einer Tagung, die Mitte Februar auf Einladung des Bundesumweltministeriums in Berlin stattfand. Als Vertreter der Jägerschaft war DJV-Vizepräsident und Präsident des LJV Brandenburg, Dr. Wolfgang Bethe, vor Ort. Er betonte in seinem Statement, dass die Jägerschaft übereinstimmend mit internationalen Konventionen und der nationalen Gesetzgebung einer Einwanderung von Wolf, Luchs oder Bär grundsätzlich positiv gegenüber steht. Die Rückkehr von Großsäugern kann aber nach Auffassung des DJV nur dann erfolgreich sein, wenn Management-Pläne zum einen den Artenschutz und zum anderen das möglichst konfliktfreie Zusammenleben mit dem Menschen beinhalten.

Bethe wies darauf hin, dass die Jägerschaft zusammen mit Naturschutz, Forst und Wissenschaft bereits seit einigen Jahren verschiedene Großraubtier-Projekte begleitet. So arbeitet der DJV derzeit gemeinsam mit der Stiftung Euronatur an Grundlagen für staatenübergreifende Schutzkonzepte. Und der LJV Brandenburg hat bereits mit dem Landesumweltministerium einen Managementplan für Wölfe konzipiert.

Dr. Bethe räumte in Berlin jedoch ein, dass Teile der örtlichen Jägerschaft die Rückkehr des Wolfes kritisch sehen. Es werde deutlich, dass sich nach seiner langen Abwesenheit Wolf und Mensch erst wieder aneinander gewöhnen müssten, so Bethe. Der DJV plädiert deshalb für verbindliche Entschädigungsregelungen und Rissmeldeprämien, um die Akzeptanz des Wolfes zu erhöhen. Erfahrungen mit dem Luchs in der Schweiz haben gezeigt, dass große Raubtiere nur dann langfristig eine Chance haben, wenn Schäden durch die öffentliche Hand abgegolten werden.

Auf der Tagung wurde der politische Wille spürbar, dass der Wolf in der Kulturlandschaft Fuß fassen soll. Dr. Bethe unterstrich, dass ein Zusammenleben nur funktionieren kann, wenn der Wolf die natürliche Scheu vor dem Menschen nicht verliert. Der DJV wird vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Diskussion sein Positionspapier zur Wiedereinbürgerung von Großraubwild von 1997 zeitnah überarbeiten.